

ELSA-Abschlussbericht: Menschen, die ungewollt schwanger sind, erleben Stigmata und Hürden beim Zugang zum Schwangerschaftsabbruch

pro familia fordern von Politik und Berufsverbänden, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern

Der pro familia Bundesverband begrüßt die Veröffentlichung des Abschlussberichts des Verbundprojekts „Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer – Angebote der Beratung und Versorgung“ (ELSA) durch das Bundesministerium für Gesundheit am 13. August 2025.

Die wissenschaftliche Studie wurde 2019 durch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Auftrag gegeben. Im Zuge der ersten umfassenden Studie dieser Art in Deutschland wurden tausende Frauen, zahlreiche Ärzt*innen und Berater*innen und politische Verantwortungsträger*innen befragt.

Mit den Berichten liegen nun umfassende empirische Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse zu maßgeblichen Einflussfaktoren auf das Erleben und die Verarbeitung einer ungewollten Schwangerschaft, zur Versorgungssituation zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland und zu den Bedarfen Betroffener vor.

Die Empfehlungen des Berichts adressieren die Verantwortlichen auf Länder- und Bundesebene und identifizieren umfassende übergreifende politische und berufsverbandliche Handlungsnotwendigkeiten in folgenden Bereichen:

- Ungewollte Schwangerschaften als Teil von Lebenswirklichkeiten anerkennen
- Zugang zu medizinischer Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch verbessern
- Datenbeschaffung und Nutzung als Grundlage für die Versorgungsplanung
- Förderung der Kooperation zwischen den Verantwortlichen in den Ländern und Berufs- und Fachverbänden
- Übernahme von Verantwortung durch den Bund zur Gesamtkoordination der medizinischen Versorgung
- Aufhebung der Trennung zwischen Beratung und Schwangerschaftsabbruch
- Verbesserung der Angebote für medikamentöse Abbrüche
- Kostenübernahme neu regeln
- Informationszugänge verbessern
- Beratungsangebote anpassen
- Strukturelle Rahmenbedingungen für Ärztinnen und Ärzte zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verbessern

Eine wichtige Erkenntnis der ELSA-Studie ist, dass ungewollt Schwangere sich stigmatisiert fühlen und dass sich dies erheblich auf das psychische Wohlbefinden und den Zugang zur Versorgung auswirkt. Ursache für die Stigmatisierungsgefühle sei die aktuelle Gesetzeslage, weshalb eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs hilfreich sein könnte, so der Bericht.

Bereits in ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Versorgung zum Schwangerschaftsabbruch identifiziert. Auch etliche Bundesländer nehmen Schritte in Richtung der Identifikation von Hürden beim Zugang zu Beratung und Versorgung zum Schwangerschaftsabbruch. Die Abschlussberichte sind die Grundlage für die umfassende gemeinsame Auseinandersetzung aller verantwortlichen Akteur*innen mit den Rahmenbedingungen für die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen. Diese Auseinandersetzung muss nun umgehend stattfinden und auf die Umsetzung effektiver Verbesserungsmaßnahmen abzielen.

Angesichts der Instrumentalisierung des Themas Schwangerschaftsabbruchs in Bezug auf die Wahl von Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf zum Amt der Bundesverfassungsrichterin, die der pro familia Bundesverband schärfstens verurteilt, fordert der Verband alle an der Auseinandersetzung Teilnehmenden zu Sachlichkeit und Respekt auf.

„Viele Menschen in Deutschland erleben selbst eine ungewollte Schwangerschaft oder begleiten Menschen in dieser Situation. Es ist wichtig, dass Menschen in dieser Situation bestmöglich unterstützt werden“, erklärt Monika Börding, Bundesvorsitzende von pro familia. „Der ELSA-Abschlussbericht zeigt: Das ist in Deutschland nicht der Fall. Wir fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und die verantwortlichen Berufs- und Fachverbände auf, auf Grundlage klar zugeteilter Zuständigkeiten zügig alle notwendigen evidenzbasierten Maßnahmen zur Verbesserung der Unterstützung für ungewollt Schwangere umzusetzen. Dazu gehören Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Bei der Konzeption entsprechender Maßnahmen sollten die Wissenschaftler*innen des ELSA-Forschungsverbunds und maßgeblichen Fachverbände wie pro familia konsultiert werden.“

Link zum ELSA-Abschlussbericht:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/details/elsa.html>

Link zur Webseite des ELSA-Verbundsprojekts: <https://elsa-studie.de/>

Link zur pro familia-Webseite zum Thema § 218: <https://www.profamilia.de/fachinfos/nach-themen/zugang-zum-schwangerschaftsabbruch>

14.08.2025